

Insel Rügen, den 7. November 2023

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestags,

die Notwendigkeit eines LNG-Terminals auf Rügen ist de facto nicht mehr gegeben: Neue Unterlagen und Erkenntnisse belegen nicht nur, dass die in Aussicht gestellte Fertigstellung in der Heizperiode 2023/2024 [kaum mehr gelingen wird](#). Des Weiteren sind die deutschen Gasspeicher [mittlerweile zu 100% gefüllt](#) und die Bundesnetzagentur bewertet nationale Gasversorgungssicherheit seit längerer Zeit als [„gewährleistet“ sowie „stabil“](#). Zur Erinnerung, die führenden Gutachter, selbst die vom BMWK in Auftrag gegebene [Studie vom EWI Köln](#), hatten massive und nicht erforderliche Überkapazitäten durch den weiteren Ausbau der LNG-Terminalinfrastruktur prognostiziert. Auch nicht zu Absicherungszwecken, denn einerseits die drei bestehenden deutschen LNG-Terminals in Wilhelmshaven, Brunsbüttel und Stade sind dieses Jahr bisher [nur zu 58% ausgelastet](#), andererseits ist der Beitrag von LNG-Terminalinfrastruktur überhaupt, selbst bei Vollauslastung, zur [nationalen Versorgungssicherheit sehr gering](#). Die neuen Bundesländer, Süddeutschland oder auch die osteuropäischen Nachbarstaaten (letztere im Übrigen nicht vom LNGG abgedeckt) [haben laut aktueller Studien keine Versorgungsengpässe zu befürchten](#).

Unterm Strich würde ein LNG-Terminal auf Rügen gemäß §4 Abs. 1 des LNG-Beschleunigungsgesetz (LNGG) eben nicht „einen relevanten Beitrag (...) leisten, um eine Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden“. Denn es herrscht in [Deutschland keine Gaskrise](#) (mehr); die sog. „Alarmstufe des Notfallplans“, ausgerufen durch das BMWK, ist (zumindest in Bezug auf den Bau von LNG-Terminal-Infrastruktur) nicht mehr begründbar. Demzufolge wäre auch die konkrete Anwendung des LNGG für das LNG-Projekt auf Rügen fragwürdig.

Doch trotz alledem möchte die Politik völlig irrationalerweise das LNG-Terminal-Vorhaben in der Ostsee weiter ohne Rücksicht auf Verluste durchpeitschen. Mit gewaltigen Folgen für Rügen, im Gegensatz zu den anderen LNG-Terminalstandorten kein Industriegebiet, sondern mit 1,2 Millionen Feriengästen jährlich die meistbesuchte Insel in Deutschland. Neben den horrenden Schäden für Tourismus, Natur und Klima wird deutlich, dass immer mehr Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und in der gesamten Bundesrepublik, die Rügen engstens verbunden sind, den Glauben an die Demokratie verlieren. So verwundert es leider auch nicht,

dass nun auch in Mecklenburg-Vorpommern nun die Populisten [laut aktuellen Umfragen](#) mit Abstand die höchsten Zustimmungswerte erzielen.

Die in unserem Land aktuell vorangetriebene Entbürokratisierung darf nicht bedeuten, dass nun das Augenmaß verloren geht, was die tatsächliche Notwendigkeit der zu beschleunigenden Vorhaben betrifft. Das *Deutschlandtempo* darf nicht zum Prinzip *Brechstange* mutieren. Ansonsten erweist man der Demokratie einen schwerwiegenden Bärendienst.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestags,  
das geplante LNG-Terminal auf Rügen ist längst zum Symbol einer faktenfremden, demokratieschädigenden und umweltfeindlichen Politik geworden. Nicht zuletzt kostet es den Steuerzahler viele Milliarden Euro, die an anderer Stelle sicher besser verwendet werden könnten. Der Deutsche Bundestag hat mit der Aufnahme von Rügen in das LNGG Anfang Juli 2023 den Weg für das LNG-Terminal freigemacht. Angesichts der erheblichen Kollateralschäden, die das Vorhaben jetzt schon verursacht hat und noch verursachen wird, möchten wir Sie freundlichst auffordern, Ihre Entscheidung zu überdenken und zu korrigieren. Ein Umsteuern würde jetzt noch die Chance bieten, das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen und die irreparablen Probleme, die die Menschen, die Natur und die Demokratie ereilen werden, abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

Karsten Schneider

Bürgermeister Gemeinde Binz

Kai Gardeja

Tourismudirektor Gemeinde Binz